



Wie weiter mit Forschungsstandort?

Die Baselbieter Nationalrätin Florence Brenzikofer will Antworten vom Bundesrat.

Das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union ist gescheitert. Das hat direkte Auswirkungen auf den Forschungs- und Bildungsstandort **Basel**. Bildungsdirektor Conradin Cramer, die **Universität Basel** und die Studentische Körperschaft der Uni (Skuba) äusserten in der bz Besorgnis (bz vom Montag).

Offiziell ist das Forschungsrahmenprogramm nicht an das Institutionelle Rahmenabkommen gekoppelt. Allerdings befürchtet die Uni, dass der Abbruch der Verhandlungen für das Rahmenabkommen auch die Verhandlungsposition der Schweiz in Bezug auf eine Teilnahme an «Horizon Europe» schwächen wird. Sprecher Matthias Gering: «Die Situation hat Parallelen zum kurzzeitigen Ausschluss der Schweiz nach der Annahme der Masseneinwan-

derungsinitiative im Jahr 2014.» Auch die finanziellen Konsequenzen machen der Universität Sorgen, wie es auf Anfrage heisst. Konkret würden Fördergelder von insgesamt gegen 200 Millionen Euro fehlen. Zudem ist nicht mehr klar, wie es mit dem Austauschprogramm «Erasmus Plus» weitergehen soll. Gestern Dienstag hat deshalb die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer in Bern Fragen an den Bundesrat zur Problematik eingereicht.

Bundesrat präsentiert Antworten am Montag

Brenzikofer will wissen, wie der Bundesrat sicherstelle, dass die Schweiz am 9. Rahmenabkommen der Europäischen Union für Forschung und Innovation (2021–2027) partizipieren kann.

Sie fragt: «Welche Konsequenzen hat ein Ausschluss der Schweiz auf Hochschulen, forschende Industrie, hochqualifizierte Arbeitsplätze und das Steuersubstrat?» Weiter möchte die Baselbieter Nationalrätin Antwort darauf, wie sich die gescheiterten Verhandlungen auf das Austauschprogramm «Erasmus Plus» auswirken könnten und ob es diesbezüglich Lösungen gibt: «Welche alternativen Strategien verfolgt der Bundesrat, um die Chancengleichheit und die Wahlfreiheit der Schweizer Studierenden zu gewährleisten?»

Antworten auf die eingereichten Fragen Brenzikofers wird der Bundesrat voraussichtlich am kommenden Montag präsentieren.

Nora Bader